

# Blickpunkt



# Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf  
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



## Schule für Kranke

## Rettungsdienst

## Flüchtlingspolitik



Liebe Leserinnen und Leser,

„Schulen für Kranke“ helfen Kindern und Jugendlichen, die mindestens 4 Wochen oder länger im Krankenhaus oder vergleichbaren medizinisch-therapeutischen Einrichtung verbringen müssen und nicht am regulären Unterricht in der Schule teilnehmen können. Die Schulen für Kranke ermöglichen es jungen Menschen somit, trotz langer Krankheits-

phasen die nötige schulische Bildung und - je nach Altersstufe – auch den Erwerb regulärer Schulabschlüsse zu erreichen.

Nun plant das Schulministerium, diejenigen Kinder, deren Wohnsitz sich nicht in Nordrhein-Westfalen befindet, bei der Lehrerversorgung an den Schulen für Kranke nicht zu berücksichtigen. Für ein Land, das sich die Inklusion auf die Fahnen geschrieben hat, ist diese Maßnahme weder verständlich noch akzeptabel. Diese Überlegungen sind in meinen Augen nicht nur geschmacklos, sondern aufgrund der vergleichsweise geringen Zahl von Schülern außerhalb von NRW auch sonst nicht nachvollziehbar. Dies habe ich auch in meiner Plenarrede am Mittwoch im Landtag NRW in dieser Woche deutlich gemacht. Die Lan-

desregierung muss umgehend die Beschulung von Kindern und Jugendlichen aus anderen Bundesländern in den nordrhein-westfälischen Schulen für Kranke sicherstellen! Alles andere wäre ein unverantwortlicher Umgang mit denen, die es ohnehin schon schwer haben: Kindern und Jugendlichen, die trotz Krankheit nicht aufgeben und weiterhin ihre Teilhabe an der Gesellschaft einfordern möchten. [Die komplette Plenarrede können Sie sich auch im Internet anschauen.](#)

Ihre

Astrid Birkhahn

## Mehr Schutz vor sexueller Gewalt für Menschen mit Behinderung

Der Schutz von Menschen mit Behinderung vor sexueller Gewalt muss dringend verbessert werden. Darüber herrschte Einigkeit unter den Expertinnen und Experten, die auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion im Düsseldorfer Landtag zusammenkamen. Nach einer Studie der Universität Bielefeld im Auftrag der Bundesregierung erlebt jede vierte Frau mit einer geistigen Behinderung mindestens eine Vergewaltigung oder einen Vergewaltigungsversuch in ihrem Leben. Die CDU-Landtagsfraktion hat dieses Untersuchungsergebnis zum Anlass genommen und [in einem Antrag \(Drucksache: 16/5555\)](#) umfangreiche Schutzmaßnahmen, Präventionsprogramme, Opferhilfen und Aufklärung gefordert.

„Der Missbrauch beginnt in der Regel schon im Kindesalter und erfolgt häufig in Einrichtungen, die eigentlich einen besonderen Schutzraum bieten sollten“, so Birkhahn. Deshalb sei es besonders wichtig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen fortzubilden und den Betroffenen niederschwellig Hilfe zugänglich zu machen. Die notwendige psychotherapeutische Begleitung von Opfern sei in Nordrhein-Westfalen vielfach nicht gewährleistet. „Betroffene Frauen müssen Ansprechpartnerinnen finden, an die sie sich vertrauensvoll wenden können. Zudem muss das Selbstbestimmungsrecht der Menschen mit Behinderungen gestärkt werden“, so Birkhahn.

## Politik hautnah erleben



Zum 6. Mal wurden beim Jugendlandtag in Düsseldorf für drei Tage die Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen von Jugendlichen aus ihren Wahlkreisen vertreten. Für Astrid Birkhahn MdL reiste in diesem Jahr Johannes Austermann aus Warendorf in die Landeshauptstadt. Bei einem Treffen berichtete der Jung-Politiker seiner Abgeordneten von seinen Erlebnissen in Düsseldorf. Der 18jährige war begeistert vom Jugendlandtag: „Hier konnte ich hautnah erleben, wie Demokratie funktioniert!

Der Jugend-Landtag bot mir die Möglichkeit, die parlamentarische Arbeit eines Abgeordneten nicht nur kennenzulernen, sondern selbst zu übernehmen. Ich

konnte mich zudem in spannenden Diskussionen mit landespolitischen Themen auseinandersetzen und mit politikbegeisterten Jugendlichen aus ganz NRW in Kontakt treten“, resümierte Johannes Austermann nach drei Tagen im Düsseldorfer Landtag.

Die Jugendlichen durchliefen alle Stationen der echten Parlamentsarbeit. Mit aktuellen politischen Themen wie der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, sowie der Einführung der Kindergarten-Pflicht befassten sich die Jugend-Abgeordneten in der Plenardebatte. Zwei Anträge hatten sie zuvor in Fraktionssitzungen, Expertenanhörungen und Ausschusssitzungen detailliert beraten.

Warum Politik so spannend ist, konnte Johannes Austermann, bereits sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Warendorf und Vorsitzender der Jungen Union Warendorf, genau sagen: „Etwas zu verändern und mitzugestalten ist das, was den Job des Politikers auszeichnet und damit so einzigartig macht. Es macht einfach riesigen Spaß, Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen zu finden.“ Enttäuschend fand er jedoch, wenn es trotz guter Argumente nicht gelang, die anderen Fraktionen zu überzeugen.

„Ich freue mich, dass der Jugend-Landtag eine solch positive Resonanz findet. Die Meinung der Jugend in NRW wird Auswirkungen haben.“, so Astrid Birkhahn

## Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

[Auf Antrag der CDU-Fraktion](#) hat sich der Landtag in dieser Woche im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit den Misshandlungen von Asylsuchenden in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften beschäftigt. Dazu erklärte Astrid Birkhahn: „Die Misshandlung von Flücht-



lingen in nordrhein-westfälischen Einrichtungen ist eine unfassbare Schande für unser Land. Es ist bedrückend, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung in ihren Heimatländern geflohen sind, um hier bei uns Schutz und Sicherheit zu suchen, so etwas widerfahren ist. Die Landesregierung hat bei der Aufsicht versagt und lässt zudem die Kommunen allein.“ Bildungsgerechtigkeit lässt sich nur durch Leistungsgerechtigkeit erzielen. Es ist Aufgabe der Gymnasien, Leistung zu fordern und zu fördern. Auf [Antrag der CDU](#) soll deshalb die Stellung der Gymnasien gestärkt werden. Zudem stellte die CDU den Antrag einer Prüfung für eine Gebührenpflicht für bestimmte Polizeieinsätze. Gebühren sollen nur dann erhoben werden, wenn es unverhältnismäßig wäre, die Kosten von der Allgemeinheit tragen zu lassen. Alle Entscheidungen unter: [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

## Zukunft des Rettungsdienstes

Wie steht es um die Zukunft der Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen? Um diese Frage zu klären lud die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen in am 23. September zu einem Werkstattgespräch in den Landtag NRW ein. Bei dem Gespräch an dem Vertreter aus Politik, Rettungswesen und Gesundheitswesen teilnahmen, ging es unter anderem um die Arbeitsplatzsicherheit und Einbeziehung von Ehrenamtlichen und die Auswirkungen auf den Katastrophenschutz.

Eingeladen hatten die CDU-Abgeordneten Peter Preuß, der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Astrid Birkhahn, Beisitzerin im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand. Anlass war der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf des „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Rettungsgesetzes“. Aus Sicht der CDU-Fraktion und vieler Experten aus dem Rettungswesen wirft der Entwurf viele ungeklärte Fragen auf.

Für eine lebhaftige Diskussion sorgte vor allem die zukünftige Handhabung mit privaten Anbietern im Rettungsdienst. Vor allem die mögliche Streichung des §19 über die Voraussetzungen der Genehmigung stand dabei im Mittelpunkt. Private Anbieter sollen zukünftig nur noch eine Genehmigung auf Zeit bekommen, die nach fünf Jahren neu beantragt werden muss. Private Anbieter möchten Astrid Birkhahn gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass weiterhin eine Qualitäts- und Planungssicherheit sowie Sicherheit der Arbeitsverhältnisse im Rettungswesen gewährleistet werden müsse. Auch die durch das Notfallsanitätärgesetz vorgeschriebene längere Ausbildung von Notfallsanitätern (drei statt zwei Jahre), stellt die Rettungsdienste und Kommunen vor große

## Hausärztliche Versorgung im Kreis Warendorf auch in Zukunft sicherstellen

Anhand einer aktuellen Statistik zum Alter der Hausärzte im Kreis Warendorf warnt die Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn vor einem drohenden Hausärztemangel. Mittlerweile ist von den 175 Hausärzten fast jeder vierte im Kreisgebiet 65 Jahre oder älter. Die hausärztliche Versorgungsquote im Kreis Warendorf wird seit der Neuregelung der Praxenvergabe durch die Kassenärztliche Vereinigung im Jahr 2013 in vier Bezirke, sogenannte Mittelbereiche erhoben. Der erste Mittelbereich umfasst die Städte Ahlen, Sendenhorst und Drensteinfurt. Hier liegt die Versor-



Astrid Birkhahn mit Ulrich Bogdahn (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren)

Probleme. Bisher sei ungeklärt, wer die zu erwartende Kostensteigerung von ca. 80 Millionen Euro pro Jahr übernehmen werde, so die Experten. Zudem könne die gestiegene Qualitätsanforderung an das Begleitpersonal in Rettungswagen, ehrenamtliche Helfer davon abhalten, sich für diesen Bereich schulen zu lassen. „Die Verzahnung von Ehrenamt und Rettungsdienst war bisher ein Markenzeichen des Rettungswesens hier in Deutschland“, betonte Birkhahn. „Wenn Ehrenamtliche aber zu hohe Hürden gesetzt bekommen, kann das negative Folgen auch auf den Katastrophenschutz haben. Für viele Ehrenamtler könnte die Hilfe bei Hilfsorganisationen durch den Wegfall von Rettungsfahrten uninteressant werden.“ Die Experten kamen zu dem Schluss, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung noch beträchtliche Lücken aufweise. Die CDU wird sich nun dafür einsetzen, dass die Hinweise und Anmerkungen der Teilnehmer auch in den Ausschüssen und im Plenum Gehör finden.

ungsquote bei 102 Prozent. Dem Mittelbereich Beckum gehören Ennigerloh und Wadersloh an. Der Bezirk weist eine Versorgungsdichte von 108 Prozent auf. Warendorf als größtem Mittelbereich sind die Gemeinden Beelen, Sassenberg, Everswinkel, Telgte und Ostbevern zugeordnet. Hier liegt die Quote mit 110,4 Prozent am höchsten. Oelde als Einzelbereich ist die kleinste Region und weist mit einer Versorgungsquote von nur 82,9 Prozent den schlechtesten Wert im Kreisgebiet auf.

## Die Landesregierung muss Warendorfer Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen

Die Kommunen müssen sich um immer mehr Flüchtlinge und Asylbewerber kümmern. Hierbei ist neben der vorrangigsten Frage einer angemessenen und menschenwürdigen Unterkunft zunehmend auch die Frage der Finanzierung in den Städten und Gemeinden zu klären. Finanziell müssen hier die Länder die entstehenden Kosten ausgleichen. Das klappt in den Kommunen im Kreis Warendorf aber nicht, denn unsere Kommunen bekommen nur ein Teil der Kosten für Asylbewerber erstattet. Einen erheblichen Teil des finanziellen Aufwands müssen die Kommunen selbst tragen.

„In Ostbevern sind es 75.558 Euro (lediglich 43 Prozent Kostenerstattung vom Land), in Telgte 113.747 Euro (46 Prozent Kostenerstattung), in Everswinkel 140.608 Euro (27 Prozent Kostenerstattung), in Warendorf 494.210 Euro (28 Prozent Kostenerstattung), in Sassenberg 121.455 (38 Prozent Kostenerstattung), in Beelen 86.225 Euro (27 Prozent Kostenerstattung), in Ennigerloh 242.394 Euro (31 Prozent Kostenerstattung), in Oelde 245.454 Euro (36 Prozent Kostenerstattung), in Sendenhorst 223.497 Euro (25 Prozent Kostenerstattung), in Ahlen 613.596 Euro (28 Prozent Kostenerstattung), in Beckum 410.845 Euro (30 Prozent Kostenerstattung) und in 112.131 Euro (38 Prozent Kostenerstattung)“, kritisiert Astrid Birkhahn. Minister Jäger darf dieses Problem nicht länger aussitzen und muss den Kommunen im Kreisgebiet endlich Unterstützung gewähren, um die zunehmende Anzahl von Flüchtlingen bewältigen zu können“, so der Appell von Birkhahn.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2014 haben fast 100.000 Menschen Asyl in Deutschland beantragt – Nordrhein-Westfalen rechnet mit bis zu 45.000 Asylbewerbern in den kommenden 12 Monaten. Das sind 60 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig aber bleiben die Kommunen auf einem Großteil ihrer Kosten für Unterbringung und Betreuung sitzen. Das Land Schleswig-Holstein beispielsweise erstattet seinen Kommunen rund 70 Prozent der Kosten, in Nordrhein-Westfalen sind es dagegen im landesweiten Durchschnitt gerade einmal 20 Prozent. Birkhahn verweist drauf, dass angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen auch das Land seiner Verantwortung gerecht werden muss. Das ist bislang vielfach nicht der Fall.

[Die CDU-Fraktion hat einen Vorschlag für einen Härtefallfonds erarbeitet und in den Landtag eingebracht.](#)

## Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Bildungsbereich in NRW bis 2030

Gegenstand der letzten Sitzung der Enquetekommission „Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen“ im September waren die Entwicklungen im Bildungsbereich in NRW bis zum Jahr 2030. „Bildungspolitik ist einer der Bereiche, in dem das Landesparlament NRW eine besonders große Gestaltungskompetenz besitzt“, sagte Ausschussvorsitzende Astrid Birkhahn. Daher waren insgesamt 15 Institute und Sachverständige gebeten worden, hierzu Stellungnahmen abzugeben. Sechs Institute und Sachverständige haben vor der Enquetekommission vorgetragen und mit den Mitgliedern der Kommission über deren Prognosen und Handlungsempfehlungen beraten.

Themen des Expertengesprächs waren u.a. Erfordernisse der frühkindlichen Bildung, Maßnahmen zur besseren Gestaltung des Übergangs von der Grundschule zu weiterführenden Schulen, Engpässe im Angebot qualifizierter Facharbeit, Förderung der kulturellen und der sozio-kulturellen Bildung, Optimierung der Aus- und Weiterbildung im Bereich der Zuwanderung und die Erörterung, in welchen Bereichen es, bedingt durch die absehbare demografische Entwicklung bis 2030, zu einem Überangebot bzw. einem Mangel an pädagogischem Personal kommen könnte.

Bildung ist, so waren sich viele der Sachverständige und Kommissionsmitglieder einig, eines der wichtigsten Instrumente, dessen optimale Ausgestaltung dazu beitragen kann, die Folgen des demografischen Wandels abzumildern. Wenn die Bevölkerung weniger wird, sollte sie besser ausgebildet sein, um vor allem unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft zu sichern.

### Impressum

Blickpunkt Landtag  
für den Wahlkreis Warendorf I  
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

### Landtagsbüro

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon: 0211 - 884 - 2744  
Telefax: 0211 - 884 - 3346  
E-Mail: [astrid.birkhahn@landtag.nrw.de](mailto:astrid.birkhahn@landtag.nrw.de)  
[www.astrid-birkhahn.de](http://www.astrid-birkhahn.de)